

der vorliegenden Petition die Kommission quasi zu ihrer Arbeit zu ermuntern.

M. Gautier: Je serai très bref. Je voudrais seulement m'opposer à la proposition de Mme Mascarin pour la simple raison que la Commission Grobet a pratiquement suspendu ses travaux. Cette commission s'est encore réunie avant-hier, juste avant le début de notre séance, pour adopter un rapport intermédiaire qui conclut qu'il faut suspendre toute étude sur le problème de l'interruption de grossesse jusqu'à droit connu sur l'initiative «Oui à la vie».

Dans ces conditions, je pense qu'il n'y a aucune raison de renvoyer à la Commission Grobet cette pétition qui reprend le même problème; il y a lieu de suivre l'avis de la Commission Grobet, dont vous recevrez un rapport intermédiaire probablement d'ici la fin de cette session. Il est donc inutile de la remettre au travail.

Oester, Berichterstatter: Bei sachlicher Betrachtungsweise dieses emotional und ideologisch so sehr belasteten Themas muss man zum Schluss kommen; dass ein weiterer Vorstoss zu nichts Neuem, zu nichts Besserem führen würde. Das ist auch die Meinung der ständerätlichen Petitionskommission. Es fehlt ja in Sachen Schwangerschaftsabbruch bekanntlich nicht an Vorstössen aller Art, sondern an einem tragfähigen Konsens in Volk und Parlament. Befürworter und Gegner stehen sich etwa als zwei gleich starke Heerscharen gegenüber. Mit Unfähigkeit, Frau Mascarin, hat das überhaupt nichts zu tun, sondern mit grundsätzlichen Meinungsunterschieden im Volk wie in den eidgenössischen Räten. Wir hätten es uns leicht machen und die Petition einfach der Sachkommission Grobet überweisen können. Das wäre aber nach unserer Überzeugung eine unfaire, zumindest eine unbefriedigende Lösung, hat doch – wie Herr Gautier soeben dargelegt hat – diese Kommission ihre Arbeiten ausgesetzt; sie tagt einstweilen nicht. Mit dieser «Lösung» hätten wir den Petenten Sand in die Augen gestreut. Das wollten wir nicht. Die Abschreibung der Petition, die nichts Neues bringt, halten wir für die ehrlichere Lösung, und wir bitten Sie darum, dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

M. Duboule, rapporteur: Il ne s'agit pas de reprendre ici le fond du problème, sur lequel chacun a son avis. C'est simplement une question de forme et de formalités à entreprendre pour savoir ce qui aurait dû être fait de cette pétition. Nous l'aurions volontiers transmise à la Commission Grobet si celle-ci était en travail, mais comme elle a dû suspendre ses activités pour les raisons que vous connaissez, il est inutile de tourner en rond dans cette affaire.

C'est la raison pour laquelle nous vous proposons de ne pas donner suite à cette pétition et de ne pas suivre Mme Mascarin. Ce serait du temps perdu et une réunion de la Commission Grobet absolument inutile.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	62 Stimmen
Für den Antrag Mascarin	16 Stimmen

81.046

Institut für Berufspädagogik. Neubau Institut de pédagogie. Bâtiments

Botschaft und Beschlussentwurf vom 12. August 1981 (BBI III 149)

Message et projet d'arrêté du 12 août 1981 (FF III 137)

Beschluss des Ständerates vom 18. März 1982

Décision du Conseil des Etats du 18 mars 1982

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Kunz, Berichterstatter: Ich rufe in Erinnerung, dass die Berufsbildung Sache des Bundes ist. In der ganzen Schweiz gelten die gleichen Lehrpläne für die Berufsbildung. Die Berufsschullehrer in Bern, Lausanne und im Tessin sollen mit gleicher Zielsetzung ausgebildet werden. Es werden auch gleichwertige Diplomprüfungen durchgeführt. Das Schweizerische Institut für Berufspädagogik (SIBP) erfüllt diesen Auftrag seit dem Jahre 1972, für Bern in gemieteten Räumen der Ingenieurschule, die der Stadt Bern gehören, auf September 1982 also gekündigt sind. Durch Entgegenkommen der Stadt kann der Vertrag aber noch verlängert werden. Ein Neubau in Zollikofen soll allen dienen, der Stadt Bern, der Ingenieurschule und vor allem dem Institut SIBP. In diesem Neubau sollen inskünftig die Berufsschullehrer ausgebildet werden, welche in den bestehenden Instituten, in den bestehenden Lokalitäten im Tessin und in Lausanne nicht ausgebildet werden können. In Zollikofen gibt es bundeseigenes Land, gute Verbindungen, eine ruhige Lage und Efitwicklungsmöglichkeiten. Die Gemeinde Zollikofen hat vor einem Jahr, am 14. Juni 1981, der nötigen Änderung des Zonenplanes bereits zugestimmt. Eine solche Schule braucht auch Lehrlinge für die Übungsschule. Die Gewerbeschule Bern ist bereit, hierzu eigene Klassen nach Zollikofen zu verlegen.

Die SIBP-Studenten sind Primarlehrer für den allgemeinbildenden Unterricht, Ingenieure HTL und Meister, die zu Fachlehrern ausgebildet werden. In der Agglomeration Bern können diesen Studenten voraussichtlich die nötigen Unterkünfte angeboten werden. Die Dauer der Studiengänge und die Zahl der Studenten sind in der Botschaft dargelegt, ebenso Baubetrieb, Bau- und Betriebskosten, personelle Auswirkungen. Ich verzichte deshalb auf Erörterungen und wende mich den Überlegungen der Kommission zu.

Die Kommission beantragt Eintreten und Zustimmung zu den Anträgen, wie sie aus den Verhandlungen im Ständerat hervorgegangen sind. In der vorberatenden Kommission unseres Rates ist der geplante Neubau eines Institutes für Berufspädagogik grossmehrheitlich unbestritten geblieben. Ein Mitglied der Kommission äusserte allerdings grundsätzliche Bedenken. Ich führe diese geäusserten Bedenken summarisch auf. Es wurde dargelegt, das Institut habe eine Art Monopolstellung. Eine dezentralisierte Lösung wäre eher erstrebenswert. Das Institut habe eine Art Numerus clausus bei der Auswahl seiner Absolventen, was nicht gut sei. Die Anforderungen, entweder Techniker HTL oder Meister, würden zu hoch angesetzt; bei den allgemeinen Fächern sei die Auswahl allzu ausschliesslich auf Primarlehrer ausgerichtet. Die übrigen Mitglieder der Kommission teilen diese Bedenken nicht. Sie sind der Meinung, dass die Weichen für die Art des Institutes mit Artikel 36 des Bundesgesetzes über die Berufsbildung vom 19. April 1978 gestellt worden sind. Dort ist der Auftrag und die Art, wie er ausgeführt werden soll, erteilt und umrissen. Jetzt und heute geht es nicht mehr um die Art und Weise, wie das Institut geführt werden soll. Es geht vielmehr darum, den

Auftrag von 1978 zu erfüllen und das vorgesehene Gebäude zu erstellen.

Allerdings wurde in der Kommission seitens der Vertreter der Romandie die Befürchtung geäußert, die Succursales in Lausanne und Lugano könnten durch den vorgesehenen Neubau ausgehöhlt und gefährdet werden. Es wurde gar die Frage gestellt, ob nicht Teile zum Beispiel nach Freiburg gelegt werden sollten, anstatt die Konzentration von Bundesinstitutionen in Bern und Umgebung nochmals zu verstärken. In der Agglomeration Bern stehen aber die Übungsklassen in der notwendigen Breite zur Verfügung, was bei einer verstärkten Dezentralisation nicht der Fall wäre. Was die gegenwärtige Situation in Lausanne und im Tessin betrifft, sind dort die Studentenzahlen natürlich bedeutend kleiner als in der deutschen Schweiz. Es kann daher nicht jedes Jahr ein Studiengang in beiden Fachrichtungen angeboten werden. Aber es ist keinesfalls geplant, etwa die Filiale Lausanne nach Bern zu verlegen und aufzuheben. Vielmehr sollen gerade auch in Lausanne Verbesserungen erfolgen, so im Sektor Spezialräume, die heute leider noch fehlen. Der Neubau in Zollikofen wird demnach auf die Filialen in der lateinischen Schweiz keinen negativen Einfluss ausüben.

So fand der Grundsatz eines Neubaus in der Kommission breiteste Zustimmung. Die wesentlichste Auseinandersetzung spielte sich ab über die Frage, ob das vom Bundesrat ursprünglich vorgelegte Projekt im Betrag von 22 981 000 Franken das richtige wäre oder ob man sich dem Ständerat anschliessen sollte, der ein reduziertes Projekt von 20 388 000 Franken anstrebt. Der Ständerat hat das bundesrätliche Vorhaben bekanntlich in zweifacher Hinsicht kritisiert. Die Raumreserve sei zu hoch, und die Baukosten empfang er ebenfalls als zu hoch. Er fand die Lösung darin, den Nordtrakt abzuschreiben und vorläufig nicht zu bauen. Die nationalrätliche Kommission hat sich dieser Auffassung mehrheitlich angeschlossen und dem reduzierten Projekt des Ständerates zugestimmt. Auf das ursprüngliche Projekt entfielen die Stimmen der Minderheit. Die Kommissionsminderheit hat aber ihren Antrag hier vor dem Plenum nicht wiederaufgenommen.

Die Mehrheit der Kommission war allerdings nicht in ihrer Gesamtheit von der sachlichen Richtigkeit der Reduktion überzeugt. Vielmehr stand das Bestreben im Vordergrund, keine Differenz zum Ständerat entstehen zu lassen, damit keine weitere Verzögerung entsteht. Entscheiden wir nicht jetzt in beiden Kammern, wird eine Verzögerung um mindestens ein weiteres Jahr, wenn nicht mehr, unausweichlich sein. Das kann weder der Stadt Bern, der Ingenieurschule noch dem Institut SIBP zugemutet werden. Durch die Reduktion, d. h. durch die Amputation des Nordflügels, wird ja auch an der Konzeption nichts geändert. Vielmehr dürfte in diesem Geschäft einfach eine Etappierung eintreten, wobei allerdings niemand weiss, wann die zweite Etappe gebaut werden kann. Sie kann aber an irgendeinem beliebigen Zeitpunkt gebaut werden.

Die Amputation des Nordflügels, wie sie als Folge der ständerätlichen Haltung erfolgen soll, hat folgende Konsequenzen: Da ist einmal der Verzicht auf die Abwartwohnung. Der Abwart wird nicht im Institut selber wohnen können, sondern er muss in der Nähe eine Mietwohnung haben. Dann der Verzicht auf zehn Büros für Mitarbeiter, deren Stellen zwar bewilligt, durch den Personalstopp aber gesperrt sind. Es war geplant, diese zehn Büros vorläufig zu vermieten. Jetzt sollen sie nicht gebaut werden. Dann der Wegfall der Demonstrationsräume für Metall- und Elektroberufe. Diese wichtigen Räume wären von den Ingenieurlehr-Studenten benutzt worden. Diese Aktivitäten müssen nun anderswo untergebracht werden, bei einer bestehenden Schule, bei Berufsschulen, höheren technischen Lehranstalten usw. Die Veränderung der verbleibenden Gebäudeteile bleibt unausweichlich. Im Bereich der Fächergruppe Physik und Chemie und der Verwaltung muss man näher zusammenrücken. Es fehlen nun Reserven. Vor allem kann man die Schweizerische Dokumentationsstelle nicht schaffen, wie sie im Gesetz vorgesehen ist. Der gesetzliche Auftrag be-

steht. Und man kann weiterhin die berufspädagogische Forschung nicht betreiben, wenigstens nicht in diesem Gebäude. Man muss sich für beides eine andere Lösung einfallen lassen.

Soweit meine Erörterung der Reduktion. Das reduzierte Projekt bringt – wie vom Ständerat gewünscht – eine Einsparung von rund 2,6 Millionen Franken. Bundesrat und Kommission haben sich zu dieser Reduktion durchgerungen, um das Projekt als Ganzes nicht zu gefährden. Immerhin kann auch so die Hauptaufgabe des Instituts zweckmässig erfüllt werden, nämlich Aus- und Fortbildung der Berufsschullehrer.

Ich bitte Sie daher, Eintreten zu beschliessen und in allen Artikeln der Fassung der Kommission bzw. des Ständerates zuzustimmen.

M. Darbellay, rapporteur: Depuis de nombreuses années, les milieux professionnels intéressés et les milieux politiques qui les soutenaient ont demandé la création d'un institut suisse de pédagogie pour la formation professionnelle. Cet institut a été créé par l'arrêté fédéral du 17 mai 1972, puis confirmé par la loi de 1978 sur la formation professionnelle à son article 36. Il visait un certain nombre de buts, notamment la formation des maîtres de branches générales, de branches professionnelles, aussi bien permanents qu'auxiliaires, le perfectionnement de ces mêmes maîtres, la création d'un centre de documentation, l'étude de manuels et de moyens auxiliaires, ainsi que la recherche, d'une manière générale, sur la formation professionnelle. Il est bien clair que le but primordial est la formation des maîtres, qui doit être spécifique puisque l'enseignement professionnel est lui aussi spécifique. Je rappelle que les apprentis travaillant en usine, en atelier, sur les chantiers, viennent une fois par semaine dans les écoles professionnelles, y reçoivent généralement huit heures d'enseignement, dont trois heures de branches générales – langue maternelle, connaissances civiques, connaissances commerciales – et cinq heures de branches spécialement professionnelles. Les maîtres enseignant ces deux sortes de branches sont d'origine très différente et ils n'ont pas l'occasion de se rencontrer ailleurs. Ils doivent, par conséquent, être formés dans un lieu spécifique; ce lieu est l'Institut suisse de pédagogie pour la formation professionnelle. Il s'est établi à Berne, dans les locaux loués par la Confédération à la ville de Berne, locaux de l'Ecole d'ingénieurs, pour ce qui concerne la partie alémanique du pays. En ce qui concerne les Latins, il s'est établi à Lausanne, dans des locaux loués également. En 1979, la demande aidant, il fut créé un cours ad hoc à Lugano pour les élèves des branches générales de langue italienne, les élèves des branches professionnelles continuant à suivre leurs cours à Lausanne.

Lugano ne pose pas de problèmes; les locaux sont là, ce sont ceux de l'Ecole professionnelle. On y organisera des cours au fur et à mesure des besoins qui se feront sentir pour l'enseignement des branches générales. Le problème de Lausanne est différent: d'abord, les locaux sont loués à des conditions relativement onéreuses; ensuite, ces locaux ne permettent pas, dans toutes les matières, un enseignement adéquat puisque la physique et la chimie sont enseignées, aujourd'hui, à Lausanne, au tableau noir, avec la craie. Quand on sait l'importance de ces branches pour l'enseignement professionnel, on est convaincu que cet enseignement est désuet et ne convient plus guère. Il y a lieu par conséquent, à brève échéance, de remédier à cette lacune, à cet inconvénient grave. Par contre, le problème qui nous concerne aujourd'hui est celui de Berne. Les locaux de la commune de Berne ne seront plus à disposition de l'institut puisque le bail a été résilié pour le 30 septembre 1982. Il peut être prolongé pour un certain temps, selon les besoins effectifs, mais pas d'une manière indéfinie. C'est pourquoi nous nous prononçons sur la construction d'un institut de pédagogie.

La commission du Conseil national qui s'en est occupée n'a pas fait d'objection en ce qui concerne l'opportunité.

Celle-ci n'a pas été remise en cause. Par contre, certains points ont été soulevés. D'abord le choix du lieu, ensuite l'importance du projet. Choix du lieu: Zollikofen. La commission regrette, d'une manière générale, que chaque fois qu'il y a construction c'est Berne ou les alentours qui sont concernés. Aujourd'hui, il y a peut-être des raisons particulières à ce que ce soit le cas. D'abord, l'institut est établi à Berne depuis 1972. Il a l'habitude de collaborer avec l'école professionnelle de cette ville, qui offre un choix de professions considérable et qui se prête bien à l'apprentissage de l'enseignement professionnel. D'autre part, la Confédération disposait d'un terrain à Zollikofen, ce qui évitait de faire de nouvelles recherches. D'autre part, ce site est à une distance très raisonnable de la ville; les moyens de s'y rendre sont faciles et le contact peut être facilement maintenu avec l'école de la ville de Berne.

En ce qui concerne l'importance du projet, on prévoit pour 120 maîtres qui sont appelés à se former, maintenant et ces prochaines années, et 60 apprentis des classes d'application, donc pour 180 personnes au total, un projet global au départ de 22 981 000 francs. Notre commission, comme la commission du Conseil des Etats en son temps, s'est inquiétée de l'importance de ce chiffre. Des études comparatives ont été faites. On a constaté que tant au mètre cube, qu'à l'unité d'occupation, le prix de cette école était comparable à celui d'écoles du même genre. Le Conseil des Etats a toutefois demandé une réduction du projet. On a ramené le prix global de 22 981 000 francs à 20 388 000 francs, soit une réduction de l'ordre de 10 pour cent, 2 593 000 francs exactement. Pour concrétiser cette réduction, il a fallu amputer le projet global, qui comprenait un bâtiment central, une aile nord et une aile sud, de son aile nord; la commission le regrette au point de vue architectural déjà. Elle regrette, d'autre part, qu'une réduction de 20 pour cent du volume n'entraîne qu'une réduction de 10 pour cent du coût. Il a fallu bien entendu amputer également le programme. On a supprimé les locaux de démonstration à disposition des professions de la métallurgie et de l'électricité, on a supprimé l'appartement destiné au concierge ainsi qu'une dizaine de bureaux de réserve qui auraient pu servir, en attendant, à d'autres offices de l'administration. Ils auraient pu être affectés plus tard au centre de documentation et au centre de recherche.

Cependant, lorsqu'on est en présence d'un projet, il faut cerner la réalité de près. La commission a donné la priorité à l'efficacité, par rapport à ces considérations. Nous pensons d'autre part que, du fait de l'abandon d'une partie du programme, on pourra, au cours des premières années d'exploitation du bâtiment, déterminer les lacunes éventuelles et, de cette manière, il serait possible de faire une construction complémentaire, cette aile nord, plus tard, dans de meilleures conditions, en étant au courant des besoins réels.

C'est en vertu de ces considérations que la commission, à l'unanimité des voix moins une abstention, a décidé l'entrée en matière. Elle était plus divisée sur le choix entre le programme complet et le programme amputé: à 13 voix contre 6, la commission a décidé de vous inviter à donner suite à la proposition du Conseil des Etats, à laquelle s'est déjà rallié le Conseil fédéral, de manière que nous puissions rapidement aller de l'avant.

Nous avons constaté d'ailleurs que la minorité qui s'était constituée au sein de la commission n'a pas repris sa proposition. Elle a probablement jugé, elle aussi, qu'il était plus opportun d'aller de l'avant.

Il est bien clair qu'en prenant aujourd'hui une décision différente de celle du Conseil des Etats, on allongerait le délai de réalisation et repousserait celle-ci d'une année, voire d'une année et demie, alors que la mise à disposition de ces locaux est devenue urgente.

Le rapporteur du PDC, absent, me prie de me faire son interprète auprès de vous en vous informant que le groupe du Parti démocrate-chrétien soutient également cette proposition.

Je vous invite à en faire de même.

Vizepräsident: Herr Houmard wird gleichzeitig seinen Abänderungsantrag zu Artikel 1 begründen. In der Eintretensdebatte kann dann auch zu diesem einzigen Abänderungsantrag Stellung bezogen werden.

M. Houmard: Je me déclare favorable au projet de construction des nouveaux bâtiments de l'Institut suisse de pédagogie tel qu'il a été mis sur pied initialement par le Conseil fédéral.

Je connais bien les problèmes de la formation professionnelle puisque l'Ecole suisse du bois, que je dirige, forme de futurs agents de maîtrise.

Soyons heureux d'avoir en Suisse un bon système de formation professionnelle fondé sur deux piliers qui sont la formation à l'atelier et l'enseignement dispensé dans les écoles professionnelles. Notre école de Bienne reçoit des candidats à la maîtrise venant de toute la Suisse. Il est navrant et même décevant – je le dis à regret – de constater une grande disparité dans la formation des apprentis. Les différences sont telles que nous avons dû introduire des cours de base de deux mois afin de rétablir un certain équilibre entre les connaissances professionnelles des divers candidats à la formation de cadres.

D'où vient cette disparité? Il faut en rechercher la cause dans le manque de formation pédagogique de certains enseignants au niveau des écoles professionnelles.

Loin de moi l'intention de jeter la pierre à l'Institut de pédagogie pour la formation professionnelle. Il a fait du bon travail mais il n'exerce son influence que depuis dix ans. Il a travaillé dans des conditions difficiles, comme nous venons de l'entendre, et n'a jamais disposé de ses propres locaux. Il occupe des locaux loués à l'Ecole d'ingénieurs de Berne et une partie de l'enseignement est dispensé dans des locaux situés à 2 kilomètres du centre. De surcroît, tous les ouvrages ne sont pas à la disposition des étudiants, étant donné qu'ils sont entreposés dans un local distant de 4 kilomètres.

La réduction du volume des bâtiments qui nous est proposée aujourd'hui par le Conseil des Etats et la majorité de la commission est à notre avis une solution boiteuse. Le volume a été réduit de 20 pour cent mais l'économie qui en résulterait ne serait que de 10 pour cent.

Les commissaires ont certes voulu affirmer leur volonté d'économie en amputant le projet de construction de l'aile nord. Il est vrai que l'utilisation de cette partie du bâtiment aurait à notre avis mérité une étude complète.

Il est navrant que les commissions appelées à se prononcer sur une construction fédérale soient nanties du problème au moment où les retouches ne sont pratiquement plus possibles. Les commissaires ne sont donc pas placés devant une alternative valable. Leur choix se résume à un oui ou un non ou, comme dans le cas qui nous occupe, à décider ou non d'une amputation que j'éviterai de qualifier. Le Conseil fédéral nous avait présenté un projet bien équilibré. Par mesure d'économie, et surtout pour éviter que le projet s'écroule devant les Chambres, on a détruit un ensemble harmonieux et, fait plus grave, pour ne réaliser à moyen terme aucune économie car il est certain qu'aujourd'hui déjà, cette aile nord sera construite tôt ou tard. En effet, le projet réduit correspond aux besoins effectifs actuels en locaux et ne comporte aucune réserve, ce qui est inadmissible à notre avis quand on sait que deux tâches importantes imposées par la loi, c'est-à-dire la recherche dans le domaine de l'enseignement professionnel et la création d'un centre suisse de documentation, ne pourront pas être accomplies. Dès que l'institut sera dans ses propres murs, il devra faire face à une demande plus importante de cours de recyclage et de cours de perfectionnement destinés aux maîtres professionnels.

Toutes ces raisons et bien d'autres, que je ne peux pas évoquer maintenant vu le peu de temps qui m'est imparti, doivent nous inciter à suivre le Conseil fédéral et à approuver le projet initial.

Etant donné que ma proposition a été distribuée il y a une

heure seulement, je me permets un petit complément en allemand.

Meine Damen und Herren, nichts ist so kostspielig wie eine ungenügende Ausbildung der Gewerbelehrer. Das bedeutet für die Lehrlinge Zeitverlust, Verdruss und «Unliebe» zum Beruf. Für die Wirtschaft bedeutet es ein Stagnieren und für die Elite unseres Gewerbes Zeit- und Geldverlust sowie Mangel an gutem Kader.

Es wird heute immer noch viel investiert für Lehrerausbildung, Hochschulen und Gewerbebeschulen. Wir dürfen darum in der Ausbildung der Gewerbelehrer nicht kleinlich sein. Bestimmt dürfen wir es verantworten, das Institut in einer Etappe – und zwar mit einer kleinen Reserve, wie das der Bundesrat vorsah – zu bauen. Die eingesparten 2 Millionen für den «amputierten» Bau würden sich später schwer rächen. Im Jahre 1900 haben unsere Vorfahren den Lötschbergtunnel zweispurig geplant; heute sind wir froh darüber. Bei diesem Vorhaben wird es aber keine zehn Jahre dauern, bis wir es bereuen, wenn wir uns heute mit dem gekürzten Programm zufriedengeben. Deshalb lade ich Sie ein, dem vollen Programm gemäss bundesrätlicher Botschaft zuzustimmen.

Oester: Die unabhängige und evangelische Fraktion stimmt dieser Vorlage einmütig zu, und zwar in der Fassung des Ständerates. Angesichts der grossen Leistungen, die das Institut bis heute erbracht hat, hätten wir ihm gerne zum 10. Geburtstag einen nichtamputierten Neubau geschenkt. Darüber, dass den Berufsschulen und damit einer soliden Aus- und Weiterbildung der Berufsschullehrer für unser Land grösste Bedeutung zukommt, sind wir alle völlig einig. Hingegen sind in unserer Fraktion drei Punkte kritisiert worden:

1. Gegenüber dem vorgesehenen Standort Zollikofen wurde eingewendet, er sei gar nicht so besonders günstig gelegen. An viel zentralerer Stelle in der Stadt Bern stünden Schulhäuser leer, die möglicherweise vom Bund hätten erworben und zweckdienlich hergerichtet werden können.

2. Weiter wurde festgestellt, dass nicht einzusehen sei, warum einmal mehr eine Vorlage unter grösstem Zeitdruck behandelt werden müsse; in Kreisen der Schule habe man seit vielen Jahren vom kommenden Neubau gesprochen. Die Vorlage sei also unschwer vorauszusehen gewesen.

3. An der ganzen Projektierung und insbesondere am Raumprogramm wurde bemängelt, dass offensichtlich mit allzu grosser Kelle angerichtet worden sei, beispielsweise bei der 240plätzigen Mensa. Das sei der entscheidende Grund, warum der Ständerat und die nationalrätliche Kommission einer redimensionierten Vorlage zugestimmt hätten – und nicht etwa ein Mangel an Ein- oder Weitsicht oder an gutem Willen.

Wenn unsere Fraktion einhellig der reduzierten Vorlage zustimmt, dann nicht etwa im Glauben, es handle sich dabei um eine ins Gewicht fallende Sparmassnahme, sondern als «Wink mit dem Zaunpfahl». Wir hoffen, er werde zuständigerorts verstanden, im Interesse aller künftigen Bundesbauten und ihrer Benutzer sowie der Steuerzahler. Auf alle Fälle darf die Kürzung nicht als schlechtes Zeichen für unsere Haltung gegenüber der so wichtigen Berufsbildung gewertet werden.

M. Jeanneret: Le groupe libéral aimerait très brièvement apporter son appui à ce projet. Pour nous, trois questions se posent: une première question de principe, une deuxième de financement et une troisième de décentralisation de l'institut.

Sur le principe, nous n'avons aucune remarque particulière à formuler, nous estimons l'institut nécessaire et approuvons le projet du nouveau bâtiment. Nous pourrions peut-être discuter de la formule d'ensemble, mais les choses sont ce qu'elles sont maintenant. Nous avons eu l'occasion, dans d'anciennes fonctions, de suivre de très près cet institut, avec ses joies et ses soucis, pour admettre que, même

si l'on peut comprendre les cantons qui ont d'autres systèmes de formation, il a son importance.

Le deuxième point, le montant. Nous nous rallions sans réserve à la décision de la commission, ayant elle-même repris la position du Conseil des Etats à laquelle le Conseil fédéral s'était sagement rallié. Le Conseil des Etats a été lucide en réduisant quelque peu le projet, au vu de la situation financière de la Confédération, d'une part, et au vu, d'autre part, d'un projet réellement trop ambitieux. Il a fait du bon travail, nous pouvons le suivre sans grandes explications. Cela fait 2,5 millions de moins environ et sans qu'il en subsiste un dommage grave pour l'institut – M. Houmard s'est exprimé dans un autre sens – les rapporteurs et le Conseil fédéral – je ne veux pas allonger – auront l'occasion d'expliquer pourquoi il n'y a pas d'atteinte à cet institut.

Demeure la décentralisation de l'institut et M. Darbellay y a fait allusion. Celui-ci dispose de deux antennes fort judicieuses, une à Lugano et l'autre à Lausanne. Nous connaissons assez bien, personnellement, celle de Lausanne et nous savons qu'elle a donné lieu parfois à quelques difficultés. Nous avons eu l'occasion de participer aux mesures qui ont été prises en vue de l'affermir plus solidement. Il convient donc qu'elle subsiste, comme celle du Tessin, pour des raisons de bonne politique confédérale.

Nous vous avons, Monsieur le Président de la Confédération, interpellé en commission. Nous vous demandons ici d'être très clair au plenum – parce que, finalement, c'est le seul lieu où les déclarations du Conseil fédéral ont une valeur politique et juridique – et nous vous prions, pour le procès-verbal, de bien vouloir très nettement, comme vous l'avez fait en commission, nous dire que, si nous votons ce crédit pour le siège central de Berne, le Conseil fédéral continuera d'accorder tous ses soins à la succursale de Lugano et, notamment, à celle de Lausanne, avec l'efficacité et les nuances nécessaires, afin de tenir compte de l'intérêt de tous les cantons, quelle que soit leur formule de formation. Nous en remercions déjà le Conseil fédéral. Le groupe libéral donc dit «oui» au principe et «oui» à la somme arrêtée par la commission.

Vetsch: Wir haben Gelegenheit, etwas Wirksames für Bildung und Ausbildung zu tun, denn wer in dieser Richtung etwas tun will, ist in erster Linie dafür besorgt, dass tüchtige Ausbildner zur Verfügung stehen. Hier liegt die erste Aufgabe des Schweizerischen Institutes für Berufspädagogik. Nun ist aber auch in der Lehrerausbildung nicht einfach das gut, was möglichst viel kostet. Wir messen also den Erfolg nicht an den Millionenbeträgen; denn gerade Bildung, Ausbildung und Ausbilder müssen sich der Bescheidenheit verpflichtet fühlen.

Die Berufsbildung allgemein und die Gewerbelehrerausbildung im besonderen kann nun aber leicht und eindrücklich nachweisen, dass sie Masshalten und Zurückhalten verstehen. Sie haben sich lange Zeit so zurückgehalten, dass nicht zu Unrecht von Nachholbedarf gesprochen wurde und noch wird. Es darf aber auch festgestellt werden, dass im Inneren wie im Äusseren vieles nachgeholt worden ist. Mit dem Inneren meine ich die Ausbildungsprogramme, die Ausbildungsinhalte, die ja wesentlich sind als das Äussere, mit dem ich die notwendigen Bildungsstätten, die Schulhäuser usw. meine.

Wir dürfen hier aber – wie auch sonst nirgends – nun nicht ins andere Extrem fallen. Ich füge gleich bei, dass das bei dieser Vorlage auch nicht getan wird. Vernünftige Forderungen wollen wir erfüllen. Man hat es gerade in der Berufsbildung stets verstanden, mit bescheidenen Mitteln ein Optimum zu erreichen. Ich glaube, gerade das zeichnet unsere Berufsbildung aus, insbesondere auf dem Gebiet der Gewerbelehrer. Viel besser Ausgebildete haben denn auch nicht selten mit dem blossen Finger auf die Ausbildung der Gewerbelehrer gewiesen. Trotzdem bin ich überzeugt, dass diese Ausbildung gut ist. Der Nachwuchs wird aus erfahrenen Lehrkräften rekrutiert; die Ausbildung erfolgt in relativ kurzer Zeit, dafür um so straffer und zielstrebig. Die Leute werden in kurzer Zeit weitergebildet und auf ihre

anspruchsvolle Aufgabe als Gewerbelehrer gut vorbereitet. Während 30 Jahren erfolgte diese Ausbildung in einjährigen sogenannten BIGA-Jahreskursen. Die Kantone hielten sich da noch recht wacker zurück. Sie waren ja ziemlich selbständig in der Auswahl ihrer Gewerbelehrer. Mehr und mehr hat man aber eingesehen, dass diese Ausbildung notwendig und gut ist. Sie hat dann vor etwa zehn Jahren unter dem Patronat des SIBP in die zweijährige Ausbildung für Fachlehrer ausgemündet. Wir können jetzt schon feststellen, dass sich diese Ausbildung – ich weiss das von der Front, von den Berufsschulen her – bewährt hat. Es fehlt nun dem SIBP für die Erfüllung seines Auftrages eine eigene Ausbildungsstätte. Es erfüllt seine Aufgabe in gemieteten Räumen. Das wäre nicht unbedingt und zum vornherein ein Nachteil. Diese Räume sind aber nicht besonders geeignet und vor allem gekündigt. Es ist nun an der Zeit, in dieser Situation ein eigenes Ausbildungsgebäude zu erstellen.

Dieses Eigenheim für das SIBP ist auch dadurch begründet, dass damit dem SIBP die Anerkennung für seine bedeutende Funktion und Leistung für unsere Berufsbildung ausgesprochen werden kann. Wir erfreuen uns ja einer sehr guten Berufsbildung, die es zu fördern und zu erhalten gilt. Es gibt keine gleichwertige und schon gar keine bessere Alternative dazu.

Der Ständerat hat nun am bundesrätlichen Projekt und damit auch am bundesrätlichen Kreditvorschlag einen Abstrich von annähernd 10 Prozent vorgenommen. Unsere Kommission hat berechtigte Zweifel an der Zweckmässigkeit dieser eher willkürlichen Reduktion des Raumprogrammes geäussert. Diese Zweifel sind auch geblieben. Kollege Houmard, vor allem aber unsere Kommissionssprecher, haben sie zum Ausdruck gebracht.

Auch der Bundesrat kann den Entscheid des Ständerates nicht allzu gut verstehen, aber er hat sich dem einstimmigen Beschluss angeschlossen. Diese Haltung, sich mit einem etwas reduzierten Programm zufriedenzugeben, spricht meines Erachtens wiederum für die verantwortlichen Instanzen unserer Berufsbildung. Es kommt der Sinn für die Realität und die Bereitschaft zum Ausdruck, sich nach der Decke strecken zu wollen. Dieses gute Beispiel wird hoffentlich bei anderer Gelegenheit gelegentlich nachgeahmt.

Ich persönlich – aber auch ein grosser Teil unserer Fraktion – haben Verständnis für den Antrag Houmard, der den ursprünglichen Antrag des Bundesrates wiederaufnimmt. Unter Beachtung unseres Sparauftrages, des einstimmigen Beschlusses des Ständerates, dem sich nun auch der Bundesrat angeschlossen hat, und der Dringlichkeit, ein Minimalprogramm so rasch wie möglich realisieren zu können, stimmt die freisinnig-demokratische Fraktion aber mehrheitlich dem Beschluss des Ständerates zu und beantragt Ihnen einmütig Eintreten auf diese Vorlage.

Mme Deneys: Le groupe socialiste acceptera, à défaut de mieux, le projet mutilé voté par le Conseil des Etats et auquel finalement la commission du Conseil national s'est ralliée, non sans faire état de sévères critiques, la première étant d'ordre financier puisque cette solution, soi-disant plus économique, se traduit par une augmentation du prix du mètre cube construit de l'ordre de 30 francs.

Mais cette décision est regrettable pour d'autres raisons encore, dont je ne retiendrai ici que les deux principales. La formation pédagogique des enseignants qui se destinent à la filière professionnelle a été jusqu'ici franchement sacrifiée, si on la compare aux efforts consentis par les cantons en matière de formation des enseignants de l'école primaire et secondaire. Or le secteur de l'enseignement professionnel requiert des qualités et des savoir-faire particuliers, qu'il convient de développer et d'exercer suffisamment avant d'entreprendre une carrière d'enseignant. Il s'agit d'un métier difficile, car chacun sait que les élèves des écoles professionnelles n'éprouvent pas forcément une passion débordante pour les cours théoriques qu'ils doivent suivre. Cela rend d'autant plus nécessaire une formation de base

adéquate des enseignants et ensuite une formation continue approfondie, afin qu'il parviennent, dans une certaine mesure, à susciter un intérêt, une motivation, peu évidents au départ, chez les adolescents dont ils ont la charge.

Deuxième raison, plus importante à mes yeux, de considérer que la décision du Conseil des Etats est déraisonnable, car à la rigueur on peut admettre que la qualité d'une formation dépend d'autres facteurs encore que des locaux à disposition. C'est que la formation professionnelle va jouer, ces prochaines années, un rôle décisif face à la nécessité où se trouve la Suisse d'affronter de nouveaux développements technologiques, au moment où des métiers disparaissent et où il faudra être capable de concevoir des professions différentes, des voies de formation autrement aménagées. Or la loi fédérale sur la formation professionnelle, ainsi que le rappelle le message du Conseil fédéral, ne charge pas seulement l'institut de pédagogie de la formation et du perfectionnement des maîtres, elle lui confie également le soin de créer un centre suisse de documentation en matière d'enseignement professionnel, de donner son avis sur les manuels et les moyens auxiliaires d'enseignement, d'exécuter ou de surveiller des recherches dans le domaine de l'enseignement professionnel. Le projet amputé ne permettra pas de remplir ces tâches que le Parlement, et le peuple puisqu'il a accepté cette loi, ont voulues. M. le président de la Confédération a précisé, en séance de commission: «... so können die Forschung auf dem Gebiet des beruflichen Unterrichts und die Schaffung einer Schweizerischen Dokumentationsstelle vorläufig nicht verwirklicht werden.»

Si l'on envisage avec sérieux l'avenir professionnel de la plus grande partie de notre jeunesse, dont dépend finalement le destin économique du pays, on ne peut que demander au Conseil fédéral de revenir le plus rapidement possible avec un projet d'extension qui permettra de réaliser le mandat législatif que nous nous sommes nous-mêmes fixé.

Les socialistes, battus en commission, sur leur proposition de revenir au projet du Conseil fédéral, ont jugé inutile d'en faire une proposition minoritaire. Cela m'autorise néanmoins à vous demander d'accepter dans ce sens la proposition de M. Houmard. Les jeunes travailleurs méritent mieux que des discours de cantine et ils méritent plus de moyens financiers, surtout lorsque l'on songe aux milliards dépensés pour les universités et les écoles polytechniques. Dernière remarque: il est regrettable que le Conseil fédéral ait négligé de concrétiser ses bonnes intentions en matière de décentralisation des services de la Confédération à ce propos. La formation des enseignants des écoles professionnelles aurait parfaitement pu s'organiser dans une localité proche de la frontière linguistique – pourquoi pas de notre côté? – ce qui aurait peut-être permis d'intégrer la formation des maîtres romands dans un institut mieux équipé que les locaux mis actuellement à leur disposition à Lausanne, locaux notoirement insuffisants.

Fischer-Hägglingen: Ich kann Ihnen mitteilen, dass die SVP-Fraktion der Vorlage und damit auch dem Objektkredit von 20,388 Millionen Franken zustimmt.

Sie haben aus dem Referat des Kommissionspräsidenten gehört, dass dieses Geschäft von einer gewissen Dringlichkeit ist. Dies ist denn auch der Grund, warum wir den ursprünglichen Kredit, den der Ständerat gekürzt hat, nicht wiederaufnehmen. Wenn ich auch voll und ganz dafür einstehe, dass wir überall nach Sparmöglichkeiten suchen, so glaube ich, dass wir, längerfristig gesehen, bei dieser Vorlage vielleicht am falschen Ort gespart haben. Zwar habe ich Verständnis, dass ein Teil der Büroräume gestrichen wurde, hingegen ist es mehr als problematisch, dass der Demonstrationsraum für den Elektro- und Metallbau und Hörsäle für Physik und Chemie nicht gebaut werden. Wohl gibt das Projekt die Möglichkeit, den ursprünglich vorgesehenen Flügel in verhältnismässig kurzer Zeit zu realisieren, wenn der Weiterausbau unumgänglich ist. Immerhin wird es wieder eine neue Vorlage brauchen. Es kann heute schon

gesagt werden, dass der Bau letztlich bedeutend teurer wird, als wenn wir ihn in einem Zug bauen würden.

Unverständlich ist für mich, dass gerade bei der Berufsbildung gespart wird, während bei Hochschulvorlagen der Rotstift nur mit ausserordentlicher Zurückhaltung angewendet wurde. Ich glaube, wir müssen in Zukunft, wenn wir Vorlagen auf dem Gebiet der Hochschulen haben, diese mit der gleichen Gründlichkeit durchröntgen, wie wir dies hier getan haben. Wenn wir uns nämlich vor Augen halten, dass rund zwei Drittel der Jugendlichen eine Berufslehre machen, sehen wir, welche Bedeutung der Ausbildung von Berufslehrern zukommt.

In der Zukunft werden an die berufliche Ausbildung noch grössere Anforderungen gestellt. Der technische Fortschritt findet seinen Niederschlag auch in der beruflichen Ausbildung. Gerade in einer Zeit, wo unsere Wirtschaft in harter internationaler Bedrängnis steht, kommt einem gut ausgebildeten unteren und mittleren Kader eine ausschlaggebende Bedeutung zu. Wir können feststellen, dass sich das vom Institut gewählte Ausbildungskonzept bewährt hat. Vor allem die Zusammenarbeit zwischen Berufsschule und Institut bringt ein Ausbildungskonzept, das den Bedürfnissen der Schule optimal entgegenkommt. Aber auch die Rekrutierungsart der Berufslehrer, die in der Kommission zum Teil zur Diskussion Anlass gab, bürgt für Lehrkräfte, welche der anspruchsvollen Lehrtätigkeit gerecht werden. Ich bitte Sie, der Vorlage zuzustimmen und – aus zeitlichen Gründen – den Antrag Houmard abzulehnen.

Präsidentin: Es folgen die Einzelredner.

M. Riesen-Fribourg: Nous nous trouvons incontestablement en présence d'un mauvais exemple d'économie, qui montre où mène une certaine frénésie d'économies. La proposition du Conseil des Etats permet certes de réaliser une économie immédiate de l'ordre de 2,6 millions, mais en même temps, elle implique une dépense deux ou trois fois plus forte dans un proche avenir. Je m'explique. La solution proposée par le Conseil des Etats et notre commission est simple: elle consiste à amputer le projet d'une aile. C'est à peu près la même tactique qui consiste à enlever une roue à une voiture pour ne pas user un pneu.

Si la réduction du projet est approuvée, les besoins en locaux ne seront pas entièrement couverts. De plus, on doit renoncer à l'incorporation dans le complexe d'un logement destiné au concierge. Ainsi, la surveillance de l'Institut et de ses coûteuses installations en fera les frais. Ensuite, en raison des besoins en locaux qui se manifesteront d'ici quelques années, la construction de l'aile supprimée s'avérera indispensable et à ce moment-là, elle sera bien plus onéreuse. Car il y aura d'abord le renchérissement, puis il sera nécessaire de remonter toutes les installations de chantier, sans parler des inconvénients pour les usagers de l'Institut: bruit, poussière, difficultés d'accès, avec tout le cortège des autres pollutions.

Si le groupe des constructions, au nom duquel je m'exprime, ne propose pas de revenir au projet initial du Conseil fédéral, c'est uniquement parce que la réalisation du projet ne peut pas attendre, comme l'on souligné les rapporteurs, mais nous devons en même temps constater que le Conseil des Etats, une fois de plus, met le Conseil national devant le fait accompli. Nous devons souscrire au nouveau projet, ou alors accepter des inconvénients qui ne peuvent pas être surmontés sans autres. Il n'empêche que la solution du Conseil des Etats, que nous devons approuver, selon le groupe des constructions, est une mauvaise solution, qui va de surcroît entraîner des dépenses supplémentaires dans un avenir très proche.

Ainsi, nous avons là un exemple de ce que j'appelle le comble de l'économie, qui consiste à préparer des dépenses supplémentaires beaucoup plus fortes que celles qu'on est censé réaliser. A titre personnel, je voterai la proposition de M. Houmard.

Dirren: Artikel 36 des Berufsbildungsgesetzes beauftragt den Bund mit der Aus- und Fortbildung der Gewerbelehrer.

In diesem Sinne arbeitet das durch Bundesbeschluss 1972 gegründete Institut für Berufspädagogik. Neben der Ausbildung für die gewerblich-industriell orientierten Lehrkräfte ist ihm auch die Aufgabe des Dokumentationsdienstes für den beruflichen Unterricht, die Begutachtung der vielfältigen Lehr- und Unterrichtshilfsmittel und die berufspädagogische Forschung übertragen.

Das vorliegende Projekt ist im eingeschränkten, mehrmals feindurchkämmten Finanzplan integriert und hat dadurch seine Wichtigkeit und Notwendigkeit bereits bewiesen. Der geplante Neubau, dessen Standort der Dezentralisation im föderalistischen Gedankengut in keiner Weise Rechnung trägt und sicher auch in einer weniger favorisierten Region hätte placiert werden können, ist nicht mit luxuriösen Extravaganzen, sondern mit zeitgemässen Ausbildungshilfen ausgerüstet.

Die Ausbildung der zirka 180 000 Lehrlinge, die jährlich durch zirka 60 000 Gewerbelehrer instruiert werden, hat allen Formen der wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Der rasche Wandel in der Technik, der eine stetige Änderung der Ausbildungsreglemente und der Anforderungen sowie einen angepassten Fortschritt in der Lehr- und Ausbildungstätigkeit nach sich zieht, macht diese Neuinvestitionen notwendig. Die gewerblich-industriell orientierte Jugend hat Anrecht auf bestens vorbereitete und ausgebildete Lehrkräfte. Die Lehrer haben den schulischen und erzieherischen Auftrag, die Jugend beruflich vorzubereiten und eine fachtechnische Ausbildung zu vermitteln.

Bei drohender Beschäftigungslage ist der zu erhaltende und ständig zu verbessernde Qualitätsbegriff der Schweiz vermehrt zu gewährleisten. Für eine zukunftsorientierte Methodik und Didaktik sind deshalb entsprechende Räumlichkeiten und Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen. Das vorliegende Projekt, das durch eine Expertenkommission aus Vorschlägen zahlreicher Wettbewerbsteilnehmer begutachtet und ausgewählt wurde, zeigt, dass die verlangten Raumprogramme und die Einrichtungen bereits bei der Planung stark eingeeengt und vernünftige Reserven miteinberechnet wurden.

Die Kosten sind bei 23 Millionen Franken relativ hoch, können jedoch nicht mit Primar- und Sekundarschulbauten verglichen werden. Bei einer näheren Überprüfung und Analyse zeigt es sich sogar, dass der überbaute Quadratmeter- und umbaute Kubikmeterpreis durchaus im Rahmen liegen. Wenn wir aber die Investitionen, die in den letzten Jahren im Bildungswesen getätigt wurden, vergleichen, dann sehen wir, dass 1970 für Hoch- und Mittelschulen 330 Millionen Franken und für das berufliche Bildungswesen 84 Millionen Franken ausgegeben wurden. 1980 waren es für Hoch- und Mittelschulen 740 Millionen Franken und für das berufliche Bildungswesen 255 Millionen Franken. Wir alle wissen jedoch, dass zwei Drittel der ausgebildeten Jugendlichen über den gewerblich-industriellen Weg ausgebildet werden. Gemäss Ständerat sollen aus Kosteneinsparungsgründen 20 Prozent des Bauvolumens, d. h. der Nordflügel, abgeschnitten werden. Wenn die finanziellen Mittel für diese Räumlichkeiten gestrichen werden, fehlen die Lokalitäten für den Betrieb der berufspädagogischen Forschung. Gleichzeitig kann die Schweizerische Dokumentationsstelle für beruflichen Unterricht, ebenfalls ein gesetzlicher Auftrag, nicht dort untergebracht werden. Im übrigen können weitere Koordinationsaufgaben, die diesem Institut zugeordnet sind, nicht mehr übernommen werden.

In Bejahung einer einheitlichen, zentralen Ausbildung, in Anerkennung der Bedeutung der Ausbildung Jugendlicher und in Kenntnis der grossen Anforderungen, die an die zukünftigen Lehrkräfte gestellt werden, finde ich es falsch, wenn hier 2,6 Millionen Franken – dem Volk etwas Sparsinn vorgaukelnd – gestrichen werden. Diese Amputation – unter anderem der Dokumentationsräume, der Demonstrationenräume für Metall- und Elektroberufe – scheint mir völlig unlogisch, wenn wir wissen, wie viele Jugendliche in der Metallbranche ausgebildet werden müssen und welch

rasche Wandlung in den Elektroberufen ständig erfolgt und noch zu erwarten ist.

Wenn das Raumprogramm gekürzt wird, müssen Teile der Aktivitäten des SIBP anscheinend in entsprechend ausgestattete Berufsschulen und höhere Techniken und Lehranstalten anderswo verlegt werden. Die anvisierte zeitgemässe Ausbildung der Lehrkräfte, Wiederholungs- und Weiterbildungskurse für ältere Lehrer, die Kurse für Nebenamtler können dadurch nicht mehr in der gewünschten Art durchgeführt werden. Wir erfüllen auf diese Weise unseren gesetzlichen Auftrag nicht mehr! Wir erfüllen ihn nicht gegenüber dem ehrlichen effizienten Sparwillen; wir erfüllen ihn nicht in bezug auf die Anforderungen der Zukunft, und wir erfüllen ihn nicht gegenüber unserem eigenen politischen Gewissen. Wir haben den Kommissionspräsidenten gehört, dass er nicht aus Überzeugung, sondern nur als Folge des Zeitdrucks der Kürzung des Ständerates zustimmt. Seien wir mutig und vernünftig und stimmen wir diesem ursprünglichen Antrag des Bundesrates zu.

Ich habe noch eine Anschlussfrage: Die Botschaft erwähnt, dass die Übungsschulen aus dem Raum Bern, die einerseits von den Demonstrationsräumen in Physik und Chemie profitieren und andererseits infolge Raumnot nach Zollikofen verlegt werden müssen. Wie ist diese Abmachung zwischen Kanton und Stadt Bern geregelt? Wie werden sich der Kanton und die Stadt in diesem Rahmen finanziell beteiligen?

Zusammenfassend möchte ich Sie bitten, den Antrag Houmard anzunehmen und den Antrag des Ständerates abzulehnen.

Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung 12.30 Uhr

La séance est levée à 12 h 30

Institut für Berufspädagogik. Neubau

Institut de pédagogie. Bâtiments

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1982
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	81.046
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	23.06.1982 - 08:00
Date	
Data	
Seite	879-885
Page	
Pagina	
Ref. No	20 010 532

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.